

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Universität München
Stellvertr.
Vorsitzender: Prof. Dr. Arnold Picot, Universität München
Schatzmeister: Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Ronnie Schöb, Universität München
Schriftführer: Dr. Marcel Thum, Universität München
Geschäftsstelle: c/o Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft,
Universität München, Schackstraße 4, D-80539 München,
Tel.: (089) 21 80 – 2740, Fax: (089) 39 73 03

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Thema der 28. Sitzung des Ausschusses für Geldtheorie und Geldpolitik des Vereins für Socialpolitik waren die Finanz- und Devisenmärkte. Das besondere Interesse des Ausschusses galt dabei den Preisbildungsmechanismen und der Volatilität auf den Finanzmärkten sowie der Bedeutung der Geldpolitik. Die Sitzung fand einmal mehr im Haus und mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Bundesbank in Frankfurt statt.

Die Theorie der Wechselkurse war Gegenstand des Referats von Professor *Erich Streissler* (Universität Wien). Es gibt im wesentlichen zwei Basistheoreme zur Erklärung der Wechselkurse: die Kaufkraftparität, die sich aus dem Gütermarktgleichgewicht ableitet, und die ungedeckte Zinsparität, die sich aus dem Kapitalmarktgleichgewicht herleiten läßt. Obwohl theoretisch einleuchtend brachte die Konfrontation beider Ansätze mit der Wirklichkeit bisher nur unbefriedigende Resultate. So läßt sich die Entwicklung der Wechselkurse scheinbar besser durch einen Random walk als durch obige Modelle erklären. Der vorliegende Beitrag geht den Gründen für dieses Theorieversagen nach und zeigt gleichzeitig, daß einige jüngere Modelle für die mittlere und längere Frist offenbar in der Lage sind, den Wechselkurs besser zu erklären als der Random walk.

Mit spekulativen Attacken auf eine bestimmte Währung befaßte sich der Beitrag von Professor *Axel Weber* (Universität Bonn). In der Literatur werden zwei Arten von Modellen über Währungskrisen unterschieden. Im ersten Modelltyp wird die spekulative Attacke durch fundamentale markoökonomische Ungleichgewichte ausgelöst, während der zweite Modelltyp selbsterfüllende Spekulation als Ursache für die Währungskrise sieht. In der vorliegenden Arbeit wird versucht, die Beiträge des funda-

mentalenen und des spekulativen Faktors zu konkreten Währungskrisen empirisch zu schätzen. Grundlage der Untersuchung war dabei ein strukturelles vektoraufregressives Modell für die DM-Wechselkurse verschiedener Währungen. Die erhaltenen Resultate deuten darauf hin, daß nur die Krise des französischen Francs von 1992 - 1993 eine substantielle spekulative Komponente enthielt.

Der Einfluß von geldpolitischen Aktionen der Deutschen Bundesbank auf die Finanzmärkte wurde im Referat von Professor *Volbert Alexander* (Universität Giessen) untersucht. Konkret wurde analysiert, wie sich Tages-, Monats- und Langfristzinsen sowie Aktien- und Wechselkurse kurz vor oder nach Zentralbankratsitzungen bzw. Änderungen der Leitzinsen verhalten. Die untersuchte Zeitperiode wurde dabei in verschiedene geldpolitische Regimes eingeteilt, da Regimewechsel den Prozeß der Informationsgewinnung und -verarbeitung auf den Finanzmärkten verändern. Im Ergebnis konnte ein signifikanter Einfluß von Zentralbankratsitzungen und Leitzinsänderungen auf die Volatilität von Tages- und Monatszinsen nachgewiesen werden; Kapitalmarktzinsen, Aktien- und Wechselkurse scheinen sich hingegen weitgehend unabhängig von geldpolitischen Aktionen zu entwickeln.

Professor *Jürgen Wolters* (Universität Berlin) analysierte in seinem Beitrag die Renditestruktur am deutschen Kapitalmarkt. Gemäß der in der Literatur weit verbreiteten Erwartungshypothese der Zinsstruktur sollten Zinsdifferentiale zwischen Renditen mit unterschiedlichen Restlaufzeiten stationär sein. Die vorliegende Arbeit findet keine empirische Evidenz für die Gültigkeit der Erwartungshypothese in Deutschland; hingegen konnten Kointegrationsbeziehungen zwischen verschiedenen Spreads festgestellt werden. Dies bedeutet, daß die Zinsstruktur nicht nur von einem, sondern von zwei gemeinsamen Faktoren getrieben wird. Die Vermutung liegt nahe, daß diese zwei Faktoren die nationale Geldpolitik und der internationale Zinszusammenhang sind.

Das Referat von Professor *Peter Kugler* (Universität Bern) schließlich untersuchte den Zusammenhang zwischen der Hypothese der ungedeckten Zinsparität sowie der Erwartungshypothese der Zinsstruktur und der Notenbankpolitik. Beide Hypothesen müssen empirisch meist verworfen werden, doch läßt sich eine gewisse Verbesserung der Testergebnisse seit Ende der 80er Jahre feststellen. Im vorliegenden Beitrag wird einer möglichen Ursache für die Verbesserung der Testresultate nachgegangen, nämlich der Politikreaktion der Notenbank. In einem Modell mit rationalen Erwartungen werden die Auswirkungen einer Geldpolitik analysiert, die auf Veränderungen der Zinsstruktur reagiert und „*leaning against the wind*“ betreibt. Es kann gezeigt werden, daß eine Politik der Reaktion der Zentralbank auf die Zinsspanne bzw. auf Wechselkursveränderungen der Geltung der Erwartungs- bzw. Unverzerrtheithypothese förderlich ist.

Sämtliche Referate der Tagung werden als Sammelband in den „Schriften des Vereins für Socialpolitik unter dem Titel „Spekulation, Preisbildung und Volatilität auf Finanz- und Devisenmärkten“ veröffentlicht.

Prof. Dr. Ernst Baltensperger, Bern

Ausschuß für Industrieökonomik

Die Tagung des Ausschusses für Industrieökonomik fand vom 10. - 11. März 1997 im Studienzentrums der Schweizer Nationalbank in Gerzensee (Schweiz) statt.

Im ersten Teil galt die Aufmerksamkeit der *theoretischen und empirischen Analyse des Strukturwandels und der Innovation*. Das Thema von *Ulrich Witt* (Jena) lautete:

ZWS 118 (1998) 1

„Lock-In‘ vs. ‚Critical Masses‘ – Industrial Change under Network Externalities“. Witt wandte sich insbesondere gegen die theoretische Zwangsläufigkeit, nach welcher im Falle bedeutender Netzwerkexternalitäten jeweils eine einzige Innovationsvariante im Markt obenaufschwimme. Würde dieses sog. „lock-in“-Phänomen durchwegs zutreffen, hätte es zur Folge, daß der Innovationsprozess merklich verzögert verlief. Dies scheint der Wirklichkeit zu widersprechen. Durch eine entsprechende Modifikation des Modells gelingt es Witt, das Paradoxon zu entschärfen. Wesentlich dabei ist die Einführung einer „kritischen Masse“, welche, sobald sie von den Innovatoren erreicht wird, den Anwendern nahelegt, trotz der Netzwerkvorteile bereits eingesetzter Technologien neue Varianten zu übernehmen.

Hariolf Grupp (Karlsruhe) präsentierte das Papier „Embodied and Disembodied Technical Change: A Multi-Factorial Analysis of German Firms“. Die empirische Arbeit fußt auf Querschnittsdaten von 240 deutschen Unternehmen. Basisdaten sind die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie Patentanmeldungen. Die Ergebnisse sind unter anderem: Die Neigung zu Patentanmeldungen hängt nur von der Firmengröße markant ab. Die Überprüfung der Beziehungen zwischen acht Innovationsindikatoren erbringt drei Faktoren, wobei vor allem die „interne Innovation“ (unverkörperter technischer Fortschritt) und die „externe Innovation“ (verkörperter technischer Fortschritt) hervorstechen. Die Innovationsaktivität läßt sich weder durch die Größe noch durch die Branchenzugehörigkeit der Unternehmen ausreichend erklären.

Das dritte Papier in diesem Teil der Tagung stammte von *Doris Neuberger* (Rostock). Sie setzte sich mit „Direct Banking – A Demand Pull and Technology Push Innovation“ auseinander. Der Technologieschub betrifft vor allem die Angebotsseite und geht von der Telekommunikation und der Informatik aus (Telematik). Der Nachfragesog beruht auf einer ebenfalls von der Telematik ausgelösten Veränderung im Kundenverhalten. In einem Modell der monopolistischen Konkurrenz läßt sich zeigen, daß die Innovation des „Direkt Banking“ auf die Dauer eher eine größere Anbieterzahl und geringere Dienstleistungspreise erwarten läßt, als dies beim herkömmlichen „brick and mortar banking“ der Fall wäre. Punktueller empirischer Evidenz wird unterstützend beigezogen.

Der Übergang zum zweiten Teil der Tagung mit dem Thema *Wettbewerb im Bankensektor* war fließend. *Lars-Hendrik Röller* (Berlin) trug ein Papier vor, das er gemeinsam mit *Damien Neven* (Lausanne) verfaßt hat: „An Aggregate Structural Model of Competition in the European Banking Industry“. Im Mittelpunkt stehen der Markt für Hypotheken an private Haushalte und die übrigen kommerziellen Kredite. Auf der theoretischen Ebene wird ein aggregiertes Mehrproduktmodell entwickelt. Auf der empirischen Ebene wird ein Strukturmodell mit Daten von sieben Ländern aus der Zeit von 1981 – 1989 geschätzt. Zwar zeigt sich, daß die Deregulierung den Rückgang der Verhaltensabstimmung (Kollusion) vermutlich begünstigt hat. Vor allem im Bereich der Hypothekarkredite ist kartellistisches Verhalten jedoch nach wie vor nicht auszuschließen. Daß ein solches Verhalten vorkommt, ist auch deswegen plausibel, weil die Preiselastizität der Nachfrage relativ hoch liegt. Des weiteren werden Belege für eine Kreuzsubventionierung zwischen den beiden betrachteten Kreditarten gefunden.

Im zweiten Referat in diesem Teil setzte sich *Alexander Karmann* (Dresden) auseinander mit „Banking Risks and Interest Rate Behaviour: A Stochastic Order Approach“. Mit diesem theoretischen Papier leistet der Autor einen Beitrag zum Thema der Zinsänderungsrisiken im Bankensystem. Zu diesem Zweck wird zuerst das Verhalten der Zinsätze mit Hilfe des Konzepts der stochastischen Ordnung von Verteil-

lungen erfaßt. Dann wird unterschieden zwischen Liquiditäts- und Preisrisiken. Erstere sind definitionsgemäß inexistent, solange der Geldmarkt perfekt ist. Spielen dagegen Externalitäten eine Rolle, bewirken steigende Liquiditätskosten Renditeminderungen, wobei verschiedenen Typen von Banken unterschiedlich betroffen sind. Preis- bzw. Insolvenzrisiken sind nicht auszuschließen.

Im dritten Teil der Tagung galt die Aufmerksamkeit dem Zusammenhang zwischen *Industriestruktur und Arbeitsmärkten*. Konrad Stahl (Mannheim) präsentierte das mit Uwe Walz (Bochum) gemeinsam verfaßte Papier „Labor Market Pooling and Firm Heterogeneity“. Zur Diskussion steht die Erklärung der Konzentration von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Raum (sog. „pooling“). In der Literatur sind die treibenden Kräfte die Skaleneffekte sowie der Risikoausgleich im Gefolge eines Portfolios von Beschäftigungsmöglichkeiten. Geht man jedoch in die Mikrostruktur, d. h., berücksichtigt man, daß die Unternehmen sowohl hinsichtlich der Input- als auch der Outputmärkte heterogen sind, verschwimmt das Bild. Die Konzentration im Raum ist zwar immer noch möglich, aber nur noch als Spezialfall.

Klaus F. Zimmermann (München) untersuchte das Thema „German Job Mobility and Wages“. Die Botschaften dieses empirischen Papiers (Paneldaten) lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Deutschen sind flexibler als vielfach behauptet. Der interne Arbeitsmarkt spielt eine größere Rolle als der externe. Will man die Löhne erklären, ist der Job der relevantere Ansatzpunkt als der Wirtschaftszweig oder die individuelle Produktivität (Humankapital). Die bisherige Betriebszugehörigkeit leistet keinen wesentlichen Beitrag zur Einkommenserklärung. Die aktuelle individuelle Mobilität hängt von bisherigen sowie von regionalen Einflüssen ab.

Den Abschluß der Vorträge machte Joachim Schwalbach (Berlin) mit einer mit Ulrike Grasshoff (Berlin) erarbeiteten Untersuchung: „Corporate Restructuring, Downsizing and Managerial Compensation“. Diese nährt den Verdacht, wonach die Führungskräfte in Publikumsgesellschaften im allgemeinen nicht effizient, d. h. anreizgerecht entlohnt werden. Daß die Zusammenhänge zwischen der Performance der Unternehmen und der Entlohnung der Führungskräfte in den Großunternehmen weniger ausgeprägt sind als in den kleinen Firmen, wird darauf zurückgeführt, daß die Aufgabenvielfalt mit der Firmengröße zunimmt. Je vielfältiger die Aufgaben, desto schwieriger fällt die Bewertung der Managerleistung. Von daher gesehen erscheint ein „Downsizing“ nicht abwegig, wobei dies natürlich kein hinreichendes Argument ist. Die Daten stammen von 48 deutschen Aktiengesellschaften und beziehen sich auf die Jahre von 1968 - 1994.

Wie letztes Jahr sollen auch dieses Jahr wieder eine Anzahl von Beiträgen in die ifo Studien aufgenommen werden. Den Kollegen Hans-Jürgen Ramser und Karl-Heinz Oppenländer ist dafür einmal mehr zu danken.

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wurde Joachim Schwalbach (Berlin) und zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Gerhard Clemenz (Wien) gewählt. Die Tagung 1998 wird vom 9. - 10. März in Wien durchgeführt.

Prof. Dr. Niklaus Blattner, Basel

Ausschuß für Wirtschaftstheorie

Die Tagung des Ausschusses für Wirtschaftstheorie fand in der Zeit vom 17. – 19. April 1997 auf Schloß Reisenburg bei Günzburg / Donau statt.

Es wurden folgende Vorträge gehalten:

- H.-W. Sinn:* Das Selektionsprinzip und der System-Wettbewerb
B. Moldovanu: Zweitpreisauktionen mit Externalitäten
B. Eckwert: Preisbildung am Kapitalmarkt bei kognitiver Dissonanz
M. Hellwig: Geldwirtschaftliches Gleichgewicht und die Tauschmittelfunktion des Geldes
K. Schmidt: Sequentielle Investitionen und Optionen auf Eigentumsrechte
W. Trockel: Konvergenzverhalten der Bargaining Set in Tauschwirtschaften.

Am 18. April 1997 fand abends ein Kamingespräch mit den Kollegen *A. Börsch-Supan* und *M. Weber* zum Thema „Brauchen wir mehr Verhaltensökonomie (behavioral economics)? Konkrete Beispiele aus dem Kapitalmarkt“ statt.

Prof. Dr. Egbert Dierker, Wien

Ausschuß für Unternehmenstheorie und -politik

Die 27. Sitzung des Ausschusses für Unternehmenstheorie und -politik fand am 25. und 26. April 1997 in Bendorf / Rhein statt. Es wurden folgende Vorträge gehalten und diskutiert:

Der erste Vortrag von Prof. Dr. *Michael Bitz* (Universität Hagen) befaßte sich mit dem Thema „Haftendes Eigenkapital und freie unbelastete Eigenmittel als Verlustdeckungsindikatoren – Anmerkungen zur Konzeption und Konsistenz aufsichtsrechtlicher Solvabilitätsvorschriften“. Banken und Versicherungen unterliegen aus Gründen, die möglicherweise mit wohlfahrts- und informationsökonomischen Erkenntnissen gerechtfertigt werden könnten, einer besonderen staatlichen Reglementierung. Ein Teilelement dieser Reglementierung stellen sogenannte Solvabilitätsvorschriften dar. Diese knüpfen das Ausmaß, in dem Banken und Versicherungen bestimmte Risiken eingehen dürfen, an ein ausreichendes Verlustdeckungspotential. Um die Sachgerechtigkeit der dazu benötigten aufsichtsrechtlichen Deckungsindikatoren beurteilen zu können, erweist es sich als zweckmäßig, vier grundlegende Kategorien von Korrekturschritten zu unterscheiden, durch die diese Indikatoren aus dem bilanziellen Eigenkapital hergeleitet werden. Die systematische Anwendung des so geschaffenen Denkrasters auf die konkret anzutreffenden gesetzlichen Regelungen läßt zahlreiche Inkonsistenzen erkennbar werden, die einerseits im Vergleich von Banken- und Versicherungsaufsichtsrecht bestehen, andererseits aber auch jeweils innerhalb der beiden Aufsichtsbereiche anzutreffen sind.

Der zweite Vortrag von Prof. Dr. *Jürgen Eichberger* (Universität des Saarlandes) widmete sich dem Thema „Nichtadditive Wahrscheinlichkeiten und spieltheoretische Probleme der Industrieökonomik“. Experimentell beobachtete Abweichungen vom Paradigma der Erwartungsnutzentheorie, wie beispielsweise das Ellsberg-Paradox, sind seit langem wohlbekannt. Trotzdem besteht im allgemeinen nur wenig Neigung,

von diesem Ansatz zur Entscheidung bei Unsicherheit abzuweichen. In den letzten Jahren sind andere Ansätze vorgeschlagen und axiomatisch fundiert worden, die nicht davon ausgehen, daß Entscheidungsträger voll konsistente Wahrscheinlichkeitsverteilungen über unsichere Ereignisse haben. Diese neueren Ansätze modellieren Erwartungen durch *nichtadditive Wahrscheinlichkeiten* und repräsentieren die Präferenzen durch das Choquet-Integral.

Erst in allerjüngster Zeit wird versucht, diese neuen Entscheidungstheorien auf interaktive Probleme anzuwenden, wie sie in der Spieltheorie analysiert werden. Dieser Vortrag stellt eine Adaption des Nash-Gleichgewichtskonzeptes auf Situationen vor, in denen Unsicherheit über das Verhalten der Gegenparteien durch nichtadditive Wahrscheinlichkeiten modelliert wird. Damit wird es möglich, klassische Probleme der Industrieökonomik, wie Verhandlungsprobleme, Marktein- und austrittsentscheidungen und Koordinationsprobleme, bei denen die theoretisch vorhergesagten Verhaltensweisen mit den empirischen Beobachtungen bisher nicht in Einklang standen, durch einen gemeinsamen Ansatz über Unsicherheitsaversion zu erklären.

Bei Verhandlungsspielen kann beispielsweise gezeigt werden, daß aus Unsicherheit über das Verhalten der Gegenspieler möglicherweise ineffiziente Strategiekombinationen gewählt werden, die kein Nash-Gleichgewicht darstellen. In der Markteintrittsanalyse kann durch nichtadditive Wahrscheinlichkeiten erklärt werden, daß Markteintritt nicht erfolgt, auch wenn dieser das einzige teilspielperfekte Gleichgewicht bildet. Koordinationsspiele haben bei hinreichender Unsicherheit nur Gleichgewichte mit niedrigen individuellen Beiträgen. Diese Ergebnisse stimmen mit tatsächlichen Beobachtungen in solchen Situationen besser überein als die herkömmliche Theorie.

Modellierung von Erwartungen über das Verhalten anderer Interaktionspartner wirft allerdings auch neue Fragen und Probleme auf, die zum Teil im Anschluß an den Vortrag diskutiert wurden. So existiert bislang kein akzeptierter Ansatz, wie Lernen im Sinne von Berücksichtigung neuer Informationen bei nichtadditiven Wahrscheinlichkeiten modelliert werden kann. Dies behindert insbesondere die Darstellung dynamischer Entscheidungsprozesse durch nichtadditive Wahrscheinlichkeiten. Hier liegt ein weites Feld für neue Forschung.

Gegenstand des dritten Vortrages von Prof. Dr. Karl Inderfurth (Universität Magdeburg) war die „Recyclingplanung unter Unsicherheit“. Es sind sowohl ökologische als auch ökonomische Gründe, die der Befassung mit Recycling aus gesamtwirtschaftlicher wie aus einzelwirtschaftlicher Sicht eine zunehmende Bedeutung zukommen lassen. Hierbei gewinnt für Industrieunternehmen neben der Verwertung von Produktionsrückständen und Ausschuß die Rückführung von Altprodukten in den Fertigungsprozeß ein immer stärkeres Gewicht. Die damit dringlicher werdende Planung solcher Recyclingprozesse und ihre Einbindung in schon vorhandene Produktionsplanungs- und -steuerungssysteme (PPS-Systeme) wird durch komplexitätserhöhende Faktoren, wie die sich ergebende Kreislaufstruktur von Fertigungsprozessen, sowie die Planungsunsicherheit im Zusammenhang mit dem Anfall von Recyclinggütern charakterisiert.

Ein naheliegender Ansatz zur Integration der Recyclingplanung in industriell gebräuchliche PPS-Systeme besteht darin, Recyclinggüter im Rahmen der Materialbedarfsplanung als zusätzliche Inputgüter zu betrachten und entsprechend der deterministischen Planungslogik des MRP (Material Requirements Planning)-Konzepts zu behandeln. Unsicherheit über Planungsgrößen wird hierbei durch die Einbeziehung von Sicherheitsbeständen sowie die Anwendung rollierender Planung berücksichtigt.

Die Integration von Recycling macht dabei eine zusätzliche Einbeziehung von (deterministischen) Kostenkalkülen zur Lösung des Wahlproblems hinsichtlich der Entscheidung zwischen Neuproduktion sowie Aufarbeitung oder Beseitigung von Recyclingprodukten in jedem Dispositionszeitpunkt notwendig.

Ein solchermaßen um die Recyclingkomponente erweitertes MRP-Konzept (MRRP) wird für den Fall des Altproduktrecycling mit stochastischen Rückflüssen von Recyclingprodukten sowie unter der Annahme stochastischer Erzeugnisbedarfe auf seine theoretische Fundierung geprüft, indem es für die elementare Planungssituation einer Dispositionsstufe mit dem Ergebnis einer Optimalplanung zur Kostenminimierung im Rahmen stochastischer Mehrperiodenplanung verglichen wird. Dabei stellt sich heraus, daß der erweiterte MRRP-Ansatz einfachen Dispositionsstrategien folgt, wie sie sich auch bei Kostenminimierung im stochastischen Modell als optimal darstellen. Bezüglich der zu verwendenden Dispositionsparameter können sich allerdings Unterschiede ergeben. Ein Kostenvergleich zeigt aber, daß das MRRP-Konzept nur dann zu größeren Optimalitätseinbußen führt, wenn extrem hohe Rückflußraten von Recyclinggütern (d. h. Anteile der Altprodukt rückflüsse am Verkauf von Neuprodukten) von über 70 % zu verzeichnen sind. Diese Suboptimalität verstärkt sich, wenn Recycling auf Grund kürzerer Prozeßzeiten zu einem Zeitvorteil gegenüber Neuproduktion führt. Weitere Modelluntersuchungen zeigen allerdings, daß sich der MRRP-Nachteil weitgehend ausschalten läßt, wenn von einer passiven Recyclingplanung zu einer aktiven Planung übergegangen wird, bei der Prognosen zukünftig anfallender Recyclingmengen in die Kalküle zur integrierten Produktions- und Recyclingplanung aufgenommen werden.

„Strategische Kostenrechnung, Kostenstrukturen und Anreize“ war das Thema des vierten Referates von Prof. Dr. Ralf Ewert (Universität Frankfurt am Main): In den letzten Jahren werden auch zur Fundierung langfristig wirksamer Entscheidungen zunehmend Ansätze der Kostenrechnung bzw. des Kostenmanagements propagiert. Dabei wird zwar oft auf Interdependenzen zwischen diesen Ansätzen hingewiesen, ohne daß dies jedoch explizit analysiert würde. Im Rahmen dieses Vortrags werden deswegen Fragen behandelt, die mehrere Ansätze betreffen. Konkret geht es um Beziehungen zwischen Problemen des Target Costing und der Lebenszykluskostenrechnung. Im Prozeß des Target Costing verbergen sich Optimierungsprobleme, die faktisch auf Kostensubstitutionen hinauslaufen: Höhere Kosten im Rahmen der Konstruktions- und Entwicklungsphase müssen mit niedrigeren Kosten im Rahmen der Produktions- und Absatzphasen eines Produktes verglichen werden – genau solche Substitutionsaspekte sind aber Gegenstand der Lebenszyklusrechnung.

Es wird ein Modell zur Analyse dieses Optimierungsproblems vorgestellt, wobei eine Differenzierung nach verschiedenen Kostenstrukturen erfolgt. Die Kostenstrukturen unterscheiden sich darin, ob sie Lerneffekte beinhalten („strategische“ Kostenstrukturen) oder nicht, und ob diese Lerneffekte ggf. mit einem Technologieparameter verknüpft sind. Weiterhin wird berücksichtigt, daß zwischen der Zentrale und den Konstrukteuren asymmetrische Information bezüglich der technologischen Situation sowie den unternommenen Anstrengungen vorliegen kann, so daß die Gestaltung geeigneter Anreizsysteme erforderlich wird. Eine wichtige Zielsetzung der Untersuchung liegt in der Frage, ob die „Market-into-Company“-Methode (MIC) des Target Costing endogenisiert werden kann.

Im Falle symmetrischer Information kann die MIC tatsächlich endogenisiert werden, sofern keine „strategische“ Kostenstruktur vorliegt. Allerdings handelt es sich nur um eine Zielkostenhülle, die alleine nicht ausreicht, das Gesamtoptimum zu bestimmen. Liegt eine „strategische“ Kostenstruktur vor, kann die MIC in der für die

Literatur charakteristischen Form nicht mehr als Ergebnis der Analyse erhalten werden.

Bei asymmetrischer Information verändert sich für die Zentrale der Tradeoff, weil jetzt auch Informationsrenten der Konstrukteure zu beachten sind. Daraus resultieren bei optimaler Gestaltung des Anreizsystems Allokationsverzerrungen gegenüber der first-best-Situation, die mit zunehmender Güte der technologischen Situation abnehmen. Hinsichtlich der Gültigkeit der MIC folgt, daß sie nur bei nicht strategischer Kostenstruktur als Zielkostenhülle weiterhin fungieren kann (ohne daß man ihr allerdings die Allokationsverzerrungen explizit ansehen würde). Liegt indes eine strategische Kostenstruktur vor, fällt die Zielkostenhülle vollends zusammen, weil jetzt auch die Preisbestimmung durch Informationsrenten beeinflußt ist. Je nachdem, welche Interdependenzen zwischen den Lerneffekten und der technologischen Situation bestehen, können sich sogar standardmäßige qualitative Resultate über die Konsequenzen von Lerneffekten ändern. Im Ergebnis folgt, daß – bezogen auf die hier analysierten Verfahren – Ansätze der „strategischen“ Kostenrechnung um so weniger gültig sind, je „strategischer“ die Kostenstruktur ist.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 24. und 25. April 1998 wieder in Bendorf stattfinden.

Prof. Dr. Helmut Laux, Frankfurt

Dogmenhistorischer Ausschuß

Der Dogmenhistorische Ausschuß hielt seine 18. Tagung am 22. und 23. Mai 1997 in Stuttgart/Hohenheim zum Thema „Knut Wicksell“ ab. An dieser Tagung nahmen 19 Mitglieder des Ausschusses teil, nämlich Frau Pütz-Neuhauser und die Herren Caspar, Grosseckler, Hagemann, Häuser, Jeck, Kloten, Klump, Kromphardt, Kurz, Monissen, Rieter, Scheer, Schefold, Scherf, Schmidt, D. Schneider, Schumann und der Vorsitzende, weiters als speziell eingeladener Gast der Wicksellexperte Bo Sandelin (Lund), als Gast Herr Collier und als örtliche Gäste Herr Spahn und Herr Trautwein.

Der örtliche Tagungsleiter Prof. Harald Hagemann hatte im Hotel Fissler-Post, Stuttgart-Plieningen, eine schöne Unterkunft für die Tagungsteilnehmer reserviert. Am Vorabend der Tagung, am Mittwoch, 21. Mai, 19.30 Uhr, konnte er zu einem Beisammensein mit Buffet im Schloßkeller der Universität Hohenheim einladen. Die Tagung selbst fand im Grünen Saal des Hohenheimer Schlosses statt und hatte so einen ansprechenden Rahmen.

Die Facharbeit wurde am Donnerstag, den 22. Mai, kurz nach 9.00 Uhr, vom Vorsitzenden eröffnet.

Das erste Referat von *David Laidler* „The Wicksell Connection, The Quantity Theory And Keynes“ folgte um 9.15 Uhr. Professor Laidler mußte jedoch leider im allerletzten Moment wegen akuter Bandscheibenprobleme seine persönliche Teilnahme absagen. Das Referat stellt als „Wicksell-Connection“ (nach *Leijonhufvud*) den zeitbezogenen Koordinationsprozeß der individuellen Entscheidungen bezüglich ihrer Mittelverwendungen dar und fragt, warum dieser Prozeß in Keynes' „General Theory“ fehlt. Laidlers Antwort ist, daß eine andere Quantitätstheorie als die von Wicksell für Keynes dominant wurde. Laidler schildert gerade Keynes als den Vater der monetaristischen Diskussion über die Zinselastizität der Geldnachfrage und des Einflusses der Arbeitslosigkeit auf Löhne und Preise und schließt: „A two interest rate mo-

del was an important component of post-General Theory Monetarism, but it was a version of that model in the tradition of Fisher and Hawtrey rather than Wicksell.“ Das Referat wurde dem Ausschuß in gekürzter Form durch den Vorsitzenden vorgelesen, ergänzt durch seine eigenen theoriegeschichtlichen Bemerkungen. Daran schloß sich eine lebhaft Diskussions. Die Ergebnisse werden Professor Laidler für dessen Überarbeitung des zu publizierenden Referates mitgeteilt.

Nach einer Kaffeepause folgte um 11.15 Uhr das Referat von *Heinz Grosseckettler* „Knut Wicksells ‚Finanztheoretische Untersuchungen‘. Zum 100. Geburtstag eines erstaunlich modernen Versuchs, besser zu verstehen, um besser gestalten zu können“. Grosseckettler konfrontierte in eingehender Kritik Wicksells Vorschläge mit der modernen finanzwissenschaftlichen Theorie und schließt, daß die entscheidenden Forderungen Wicksells – Zweckbindung und gemischte Tarife – weiterhin gültig sind und daß das Entwickeln zweckmäßiger Institutionen, welches Wicksell so sehr am Herzen lag, auch heute noch eine außerordentlich wichtige Aufgabe von Ökonomen darstellt. Wicksell sei diesbezüglich ein Vorläufer der Freiburger Schule und der neuen Institutionen-Ökonomie, dessen Kernvorschläge immer wichtiger werden. Die überzeugenden Ausführungen des Referenten konnten kaum Kritik herausfordern.

Nach dem Mittagessen hielt um 14.30 Uhr *Hans G. Monissen* sein mit *Hans E. Loeff* gemeinsam verfaßtes Referat „Knut Wicksell und die moderne Makroökonomik“. Der Beitrag schildert Wicksell in seiner Rolle als Schlüsselfigur einer monetären Makroökonomie, weist freilich nach, daß er keineswegs so vorbildlos dasteht, wie *Leijonhufvud* es will. Monissen versucht den kumulativen Prozeß mit modernen Mitteln abzuleiten und fragt, ob, wie Wicksell es annahm, die monetäre Instanz mittels ihrer Diskontpolitik überhaupt die Zinsrate beeinflussen kann, was im Rahmen der Quantitätstheorie nicht so selbstverständlich folgt. Die fundierten Ausführungen veranlaßten nicht zu viel Diskussion.

Nach einer Kaffeepause folgte um 16.45 Uhr der Beitrag von *Karl Häuser* „Die deutsche Währungseinheit nach 1871 und die fehlende theoretische Begleitung“, der thematisch noch zur 17. Tagung gehört und mit dieser gemeinsam publiziert werden wird. In beeindruckender historischer Forschung zeigt Häuser, daß sich die deutsche Nationalökonomik jener Jahre auf dem Gebiet der Geldtheorie, zumindest der Geldfunktionslehre, noch in einem wenig beeindruckenden Zustand befand (der erste Band von *Knies* „Geld und Credit“ erschien 1873, somit zu spät) und daher nur wenig zur Frage der neuen Geldordnung beisteuern konnte. Politiker, wie *Bamberger*, waren entscheidend. Anders stand es bei den gleichzeitig auftretenden Fragen zur Gründung einer Reichsbank, welche maßgeblich durch *A. Wagner* konzipiert ins Leben trat, wobei wieder *Bamberger* wichtiger politischer Geburtshelfer war.

Nach kurzer Pause folgte um 18.30 Uhr der Vortrag von *Rainer Klump* „Geldzins, Güterpreise und das Gibson Paradoxon: Anmerkungen zu den Besonderheiten und Implikationen des Erklärungsansatzes von Knut Wicksell“. Keynes bezeichnete als Gibson Paradoxon die langfristig gleichlaufende Entwicklung von Preisniveau und Zinsniveau im „langen“ 19. Jahrhundert Großbritanniens. Für dieses Phänomen gab es monetäre und reale Erklärungen. Wicksell legt eine Synthese vor, in der eine im realen Sektor ausgelöste Störung zunächst eine Veränderung des Preisniveaus und dann eine Veränderung der Geldzinsen induziert. In der Betonung von Innovationschüben als realer Störung kann er als Wegbereiter der Theorie innovationsinduzierter Wachstumsschwankungen gesehen werden.

Um 19.45 Uhr beendete die Mitgliederversammlung den langen Tag.

Der zweite Tag der Facharbeit, Freitag, 23. Mai, begann um 8.30 Uhr mit dem Referat von *Dieter Schneider* „Geldzins, natürlicher Zins und Investitionsgüterpreise. Wirtschafts- und wissenschaftsgeschichtliche Erörterungen vor und nach Wicksell“. Schneider fragt: Besitzen die theoretischen Begriffe natürlicher Zinssatz, Grenzproduktivität des Realkapitals, rate of return over cost, Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals oder Eigenzins einen einzelwirtschaftlichen empirischen Gehalt, und zwar unabhängig von einem Geldzinssatz als Ertragsrate für Finanzanlagen oder als Kostenersatz für die Finanzierung von Investitionen? In eingehender Auseinandersetzung, schon mit der dogmenhistorischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts und dann mit Fisher neben Wicksell, verneint Schneider diese Frage und lehnt mit Keynes insbesondere den Begriff des natürlichen Zinssatzes ab. Seine provokanten Formulierungen lösten eine lebhaft Diskussions aus.

Nach einer Kaffeepause folgten um 10.15 Uhr die Ausführungen von *Heinz D. Kurz* „Über ein ‚Perpetuum mobile des Volkswirtschaftsmechanismus‘ und eine ‚theoretische Verkehrtheit‘“ (Knut Wicksell und die Einheit von Produktions- und Distributionstheorie). Das komplexe, über 50 Seiten lange Referat, argumentiert: „Wären Wicksells Einsichten allgemein zur Kenntnis genommen worden, so würde das Fach schneller vorangekommen sein, als es tatsächlich vorangekommen ist“ und „versucht dies am Beispiel von Wicksells Beiträgen zur Produktions- und Distributionstheorie ... zu belegen“.

In unmittelbarem Anschluß folgte das thematisch zu den kapitaltheoretischen Ausführungen von Kurz passende Referat unseres ausländischen Gasts *Bo Sandelin*, „Some Aspects of Wicksell's Capital Theory“. Er zeigte: „Wicksell's capital theory was not static over time but changed gradually ... in his mathematical models he never left the original approach of treating capital as a given fund. This implies that he focuses on circulating capital ... Wicksell never left the phenomenon that later on has been named the Wicksell effect. It was analysed in all his main capital models.“

Die Tagung schloß um 13.00 Uhr, nicht ohne nochmaligen herzlichen Dank an Herrn Hagemann und seine Mitarbeiter für die hervorragende Organisation.

Die 19. Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses zu Thema „John Stuart Mill“ wird am 30. April / 1. Mai 1998 in Würzburg stattfinden.

Prof. Erich W. Streissler, Wien

Ausschuß für Evolutorische Ökonomik

Der Ausschuß tagte vom 3. bis 5. Juli 1997 unter der Leitung von Prof. Dr. Bernd Meyer an der Universität Osnabrück. Insgesamt wurden in vier Sitzungen 10 Referate gehalten.

Herr Dr. *Bernhard Kroll* (Ilmenau) referierte über „Die Zusammenführung wirtschaftlich-materieller und informationell-institutioneller Sichtweisen von Evolution von Wirtschaftssystemen – Eine Herausforderung für die Evolutorische Ökonomik“.

Herr Prof. Dr. *Dieter Schneider* trug über die „Vorläufer evolutorischer Ökonomik in der Mikroökonomie und Betriebswirtschaftslehre“ vor. Herr Schneider befaßte sich zunächst mit den Autoren, die auf biologische Vorbilder zurückgreifen, stellte dann Schumpeter als Vorläufer evolutorischer Ökonomik in Frage und disku-

tierte schließlich die Vorläufer evolutorischer Ökonomik in einzelnen Problemfeldern wie der Markttheorie, der Produktionstheorie und der Realkapitaltheorie.

Herr Dr. *Lambert T. Koch* (Jena) setzte sich mit dem Thema „Der wirtschaftspolitische Ziel-Mittel-Lage-Dreischritt in evolutorischer Sicht“ auseinander. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand die Entwicklung von Elementen einer positiven Theorie evolutorischer Wirtschaftspolitik.

Herr Prof. Dr. *Marco Lehmann-Waffenschmidt* (Dresden) stellte das Papier „Strukturähnlichkeiten ökonomischer Prozesse im Zeitablauf“ vor, das er zusammen mit Joachim Schwerin (Dresden) verfaßt hat. Die Autoren stellen auf der modelltheoretischen Ebene sowie im wirtschaftshistorisch-empirischen Kontext Möglichkeiten vor, Strukturähnlichkeiten zwischen verschiedenen sozio-ökonomischen Prozessen zu identifizieren und für die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung nutzbar zu machen.

Herr Dr. *Thomas Brenner* (Jena) stellte das zusammen mit Prof. Dr. Ulrich Witt (Jena) verfaßte Papier „Häufigkeitsabhängige Pay-offs, Replikatordynamik und Lernen unter dem Matching-Law“ vor. Die Autoren zeigen, daß die Ansätze, die von der Evolutorischen Spieltheorie bereitgestellt werden, in der Lage sind, das menschliche Lernen in strategischen Situationen zu erklären.

Herr Dr. *Georg Ewerhart* (Osnabrück) setzte sich mit dem Thema „Die Zeit in der umweltökonomischen Modellierung“ auseinander. Nach einer Kritik neoklassischer Ansätze kommt er zu dem Ergebnis, daß in der empirischen Analyse die sogenannten ökonomischen Input-Output-Modelle geeignet sind, die Zeit als historisches Phänomen bei der Modellierung umweltökonomischer Zusammenhänge zu erfassen.

Herr Dr. *Frank Schohl* (Jena) referierte über das Thema „Konjunkturtheorie ohne Repräsentative Firma“. Aufbauend auf den Arbeiten der „Frühen Mikrofunderier“, die sich mit der Heterogenität und den Verhaltensunterschieden der Unternehmen im Konjunkturverlauf beschäftigten, entwickelte Herr Schohl ein Konjunkturmodell, das keine traditionellen makroökonomischen Summenaggregate enthält, sondern nur mit Varianzen operiert.

Herr Dr. *Uwe Cantner* (Augsburg) berichtete über „Heterogenität, technologischer Fortschritt und Spillovereffekte“. Im Mittelpunkt des Papiers steht die Modellierung von Wettbewerbs- und Innovationsdynamik, die über feedback-Beziehungen die Koexistenz großer und kleiner sowie die Koexistenz technologisch unterschiedlicher Unternehmen ermöglicht.

Herr Dr. *Hariolf Grupp* (Karlsruhe) stellte das Papier „Zum Zusammenhang von Wettbewerbspositionen, Innovationsaktivitäten und öffentlicher Forschungssubventionen in Deutschland: Eine empirische Analyse“ vor. Herr Grupp stellte fest, daß Investitionen und Patente nicht ausreichen, um die Wettbewerbsposition der Unternehmen zu erklären, daß vielmehr das Ausmaß der Aneignung des öffentlichen Gutes „Wissenschaft“ hinzukommen muß.

Herr Prof. Dr. *Lehmann-Waffenschmidt* (Dresden) gab einen Überblick über das Projekt „Handbuch zur Evolutorischen Ökonomik“, das er gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath (Witten-Herdecke) betreibt. Geplant ist die Herausgabe eines zweibändigen Werkes. Der erste Band ist als Handwörterbuch konzipiert, während der zweite Band Fallstudien enthalten soll.

Das Vortragsprogramm wurde durch eine Führung auf dem Grabungsgelände der Varus-Schlacht in Kalkriese bei Osnabrück ergänzt. Die abschließende Mitgliederversammlung beschloß, die Herren Dr. Kroll, Dr. Ewerhart, Dr. Koch und Dr. Grupp

zu kooptieren. Herr Prof. Dr. Lehmann-Waffenschmidt wurde zum Vorsitzenden für die Periode 1998/99 gewählt. Ferner wurde festgelegt, daß die nächste Tagung des Ausschusses vom 2. – 4. Juli 1998 in Meißen stattfinden soll.

Prof. Dr. Bernd Meyer, Osnabrück

Ausschuß für Wirtschaftssysteme

Die Jahrestagung 1997 des Ausschusses für Wirtschaftssysteme fand vom 21. bis 23. September 1997 in Breisach bei Freiburg zum Generalthema „Europäische Integration als ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe“ statt. Es wurden insgesamt acht Referate gehalten. Das erste Referat hielt Prof. Dr. *Wolfgang Kerber* (Bochum) zum Thema „Die EU-Beihilfenkontrolle als Wettbewerbsordnung: Probleme und Perspektiven des Wettbewerbs zwischen Jurisdiktionen.“ *Kerber* baut seine Überlegungen auf der These auf, daß im Zusammenhang mit der Beihilfenkontrolle dem Wettbewerb zwischen Unternehmen eine zu große Beachtung im Vergleich zum Wettbewerb zwischen Jurisdiktionen geschenkt wird. Der Versuch, durch eine entsprechende Beihilfenpolitik einen verzerrungsfreien Unternehmenswettbewerb zu gewährleisten, löst danach Zentralisierungstendenzen in Richtung auf die EU aus, die in der Folge den Wettbewerb zwischen Jurisdiktionen einschränken. Problematisch ist dabei laut *Kerber* vor allem, daß die vielfältigen Umgehungsmöglichkeiten der Beihilfenkontrolle diese ohnehin zu einer eher stumpfen Waffe machen, so daß schließlich die Beihilfenkontrolle nicht wirksam gelingt, die Zentralisierungstendenzen aber in vollem Umfang durchschlagen. Im Anschluß argumentiert *Kerber*, daß Beihilfen im institutionellen Wettbewerb um mobile Faktoren auch wie Rabatte interpretiert werden können. So betrachtet stellen sie sich in einem anderen Licht dar, denn auch in der modernen Wettbewerbstheorie werden Rabatte – mit Bezug auf Unternehmen – als wichtiger Wettbewerbsparameter gesehen. Vor diesem Hintergrund sollte mit Blick auf den Wettbewerb zwischen Jurisdiktionen die bisherige Haltung gegenüber Beihilfen überdacht und ggf. auch neu definiert werden.

Das zweite Referat wurde von Prof. Dr. *Friedrich Schneider* (Linz) zum Thema „Subsidiarity, Federalism and Direct Democracy as Basic Elements of Federal European Constitution: First Ideas Using Constitutional Economics“ gehalten. *Schneider* entwickelt und begründet in seinem Referat Elemente für eine künftige „europäische“ Verfassung. Danach soll die Kommission in eine exekutive Gewalt überführt werden, das Europäische Parlament in eine erste und der Rat in eine zweite Kammer einer europäischen Legislative. Er schlägt überdies einen konkreten Kompetenzkatalog für die EU vor, der nur über einen einstimmigen Beschluß aller Mitgliedstaaten sowie ein Referendum verändert werden kann. Neben einigen Bestimmungen über die Bedingungen für eine Kreditaufnahme der EU schlägt *Schneider* schließlich eine Finanzierung der EU-Aktivitäten über eine einzige proportionale Steuer vor. Änderungen des Steuersatzes sollen einer 2/3-Mehrheit des Europäischen Parlaments und der zweiten legislativen Kammer sowie der Zustimmung durch ein Referendum bedürfen. Schließlich sollen alle Staaten das Recht erhalten, durch einen Beschluß auf der Basis einer qualifizierten Mehrheit aus der Union auszuscheiden. Hierzu sind entsprechende Verfahren und Übergangszeiten festzulegen. *Schneider* begründet seine Vorschläge ausführlich auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips und widmet seinem Vorschlag, für bestimmte wichtige Fragen Referenda vorzusehen, besonderen Raum.

Das dritte Referat wurde von Prof. Dr. *Jürgen Backhaus* (Maastricht) zum Thema „Das Subsidiaritätsprinzip als Baustein einer entstehenden europäischen Verfassung“ gehalten. *Backhaus* argumentiert, daß das Subsidiaritätsprinzip ursprünglich kein juristisches, sondern ein ökonomisches Prinzip war, welches im Maastrichter Vertrag aber als juristisches Prinzip wiederaufsteht. Er unterscheidet zwei Arten von Subsidiarität, und zwar die vertikale und die laterale Subsidiarität. Während die heute bekannte und üblicherweise auf die katholische Soziallehre zurückgeführte Form die vertikale Subsidiarität ist, lassen sich aber bereits bei *Christian Wolff* Überlegungen über eine laterale Subsidiarität finden. Hierbei geht es anders als bei der heute üblicherweise diskutierten Form um horizontale Zusammenschlüsse, beispielsweise von Haushalten, zur gemeinsamen Bewältigung bestimmter Aufgaben. *Backhaus* argumentiert, daß diese Form der Subsidiarität auch heute Beachtung verdient, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie keiner übergeordneten Instanz bedarf. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Überlegungen von *B. S. Frey* zu funktionalen Gebietskörperschaften, die er durchaus für richtungsweisend hält.

Das vierte Referat hielt Prof. Dr. *Carsten Herrmann-Pillath* (Duisburg/Witten-Herdecke) zum Thema „Integration durch Evolution im asiatisch-pazifischen Raum: Empirische Befunde und institutionenökonomische Analyse“. *Herrmann-Pillath* baut sein Referat auf folgenden Leitfragen auf: Entsteht im asiatisch-pazifischen Raum ein neues Muster ökonomischer Integration, welches sich nicht in die konventionelle Stufenfolge von Integrationsmodellen einfügt, im Gegensatz zum europäischen Modell nicht mit dem Multilateralismus im Widerspruch steht und schließlich ebenfalls anders als die EU den Marktprozeß in den Vordergrund rückt? Um Antworten auf diese Leitfragen zu finden, hilft, so die Argumentation von *Herrmann-Pillath*, ein Rückgriff auf die ökonomische Integrationstheorie wenig. Denn diese Theorie kann nur feststellen, wie ein wohlfahrtsmaximierender Politiker handeln würde, wobei bekannt ist, daß dieser sich – im Zweifel auch einseitig – für multilateralen Freihandel und damit gegen Regionalismus entscheiden würde. Da die Empirie diesem Ergebnis widerspricht, schlägt *Herrmann-Pillath* eine institutionenökonomische Herangehensweise auf der Basis der Arbeiten von *D. C. North* vor und liefert einige erste Bausteine hierzu.

Das fünfte Referat wurde von Dr. *Jens Hölscher* (Birmingham) zum Thema „Zur Formierung marktwirtschaftlicher Ordnungen in Zentralosteuropa“ gehalten. Darin untersucht er die Bedeutung des ordnungstheoretischen Ansatzes und seiner Weiterentwicklung für die Transformation in Zentralosteuropa. Zunächst beschäftigt er sich mit der Weiterentwicklung der Ordnungstheorie durch die „Jenaer Schule“ von *Streit* und seinen Schülern und kritisiert, daß der Geldwirtschaft in diesem Ansatz letztlich nicht die ihr gebührende Bedeutung für die Transformation zuerkannt wird. *Hölscher* sieht in den Bedingungen der Geldwirtschaft im Sozialismus die zentrale Ursache für dessen Scheitern im internationalen Systemwettbewerb, weshalb es für ihn von zentraler Bedeutung ist, der Geldwirtschaft auch in der Theorie der Transformation eine entsprechende Rolle zuzuweisen. Aus seiner Sicht wird dies von der *traditionellen* Ordnungstheorie – zumindest ansatzweise – mit dem Primat der Geldpolitik geleistet, weshalb es für *Hölscher* lohnend erscheint, einen Rückgriff auf diese vorzunehmen. Eine konkrete Betrachtung der wirtschaftspolitischen Reformschritte in Zentralosteuropa führt ihn schließlich zu dem Ergebnis, daß die Schrittfolge der Transformation, wie sie üblicherweise vorgenommen wurde, aus seiner Sicht nicht angemessen ist. Statt zuerst zu liberalisieren und erst dann die Stabilisierung der Währung voranzutreiben, hätte man zunächst die Währung stabilisieren und erst dann liberalisieren sollen.

Der sechste Referent war Prof. Dr. *Laszlo Csaba* (Budapest). Er referierte zum Thema „On the Maturity of Central Europe: Perceived and Real Problems“. *Csaba* argumentiert, daß die üblicherweise in der Literatur diskutierten Probleme der EU-Osterweiterung bei genauer Betrachtung weniger relevant sind als es auf den ersten Blick erscheint, daß aber andere und weniger in der öffentlichen Diskussion stehende Probleme aus seiner Sicht sehr ernstzunehmen sind. *Csaba* sieht die zentralosteuropäischen Länder – gemessen an den Kopenhagener Beitrittskriterien – nicht weiter entfernt von den nördlichen EU Ländern als Spanien, Portugal und erst recht Griechenland. Er plädiert anschließend nachdrücklich für eine Integration durch Einbeziehung (*involvement*) der zentralosteuropäischen Länder und nicht durch Transferzahlungen, wodurch nicht nur materielle Beitritts hemmnisse, sondern vor allem auch Vorbehalte gegenüber einer Integration dieser Länder abgebaut werden könnten.

Das siebente Referat wurde von Dr. *Herbert Brücker* und Dr. *Wolfram Schrettl* (Berlin) zum Thema „Willkommen im Club? Theoretische Überlegungen zur Erweiterung der Europäischen Union“ gehalten. Ähnlich wie schon *Herrmann-Pillath* interessieren sich die beiden Referenten für die Frage, inwiefern eine regionale Integration erklärt werden kann, wo die neoklassische Integrationstheorie doch eher – wenngleich mit gewissen Einschränkungen – einen grenzenlosen Freihandel empfehlen würde. Sie suchen eine Antwort auf diese Frage mit Hilfe eines Modells, in dem die Gewinne der Integration durch Einbeziehung weiterer Länder abgewogen werden müssen gegen mögliche Kosten der Einbeziehung. Dies setzt voraus, daß ökonomische Integration gewisser Institutionen bedarf. Die Kosten der Integration ergeben sich daraus, daß beitretende Länder inländische Institutionensysteme unterschiedlicher Qualität mit in die Gemeinschaft einbringen, was annahmegemäß auch Rückwirkungen auf die Qualität des Institutionensystems der Gemeinschaft hat. Wenn die Institutionensysteme neuer Mitglieder zu stark von jenen der Altmitglieder abweichen, so können die Allokationsvorteile, die die neoklassische Integrationstheorie vorhersagt, überwoogen werden durch die Kosten der Unterschiede in den Institutionensystemen.

Das achte Referat wurde schließlich von Prof. Dr. *Paul J. J. Welfens* (Potsdam) gehalten, und zwar zum Thema „Osteuropäische Transformation, EU-Integrationsdynamik und Perspektiven der Osterweiterung“. Nach einer kurzen Diskussion der Kriterien für eine Osterweiterung widmet sich *Welfens* den Anpassungsproblemen der osteuropäischen Länder vor dem Hintergrund des derzeitigen Standes der Transformation. Er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß man – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der großen Ost-West-Einkommensunterschiede – vor einer überhasteten und nicht sorgfältig vorbereiteten Osterweiterung warnen muß. Statt dessen hält er eine mittelfristige Integration der Visegradländer mit einem Beitrittszeitpunkt nach 2005 für angemessen. Schließlich regt er an, im Gegensatz zu den zeitlich fixierten Übergangsfristen bei der Süderweiterung „endogene“ Übergangsfristen zu vereinbaren, die beispielsweise dann enden, wenn das betreffende Beitrittsland ein Pro-Kopf-Einkommen von 50 % des EU-Durchschnitts erreicht hat.

Die Referate wurden jeweils durch Korreferate der Profs. *Schneider* (Linz), *Vanberg* (Freiburg), *Tietzel* (Duisburg), *Wegehenkel* (Ilmenau), *Wagner* (Pforzheim), *Kosta* (Frankfurt/Main), *Brezinski* (Freiburg) und *Wagener* (Frankfurt/Oder) kommentiert und anschließend ausführlich diskutiert. Es wurde beschlossen, die Referate in einem Sammelband zu veröffentlichen und hierzu möglichst auch die Korreferate mit einzubeziehen. Die nächste und zugleich 30. Tagung des Ausschusses für Wirtschaftssysteme findet vom 20. bis 22. September 1998 in Potsdam zum Thema: „Perspektiven der Systemforschung“ statt.

Prof. Dr. Dieter Cassel, Duisburg

Gesundheitsökonomischer Ausschuß

Die IX. Jahrestagung des Ausschusses für Gesundheitsökonomie fand vom 16. – 18. Oktober 1997 auf Einladung von Prof. Dr. Friedrich Breyer in Konstanz statt. Ein Generalthema war nicht vorgegeben.

Die Jahrestagung wurde eröffnet mit einem Referat von Prof. Dr. J.-Matthias Graf von der *Schulenburg* und Dipl.-Ök. Wolfgang Greiner (Hannover): „Die unlösbaren Probleme der Kosten-Effektivitäts-Analyse und der Outcome-Forschung“ sowie einem Koreferat von Prof. Dr. Friedrich Breyer. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Leistungsfähigkeit ökonomischer Evaluationsmethoden (Kosten-Nutzen-; Kosten-Effektivitäts-; Kosten-Nutzwert-Analysen). Probleme liegen vor allem in der Bewertung des Outcomes, wobei die Verfasser (neben der interpersonellen und intertemporalen) vor allem die interdimensionale Aggregationsproblematik aufgreifen. Input und Output müssen in einer „Gesundheitsproduktionsfunktion“ verbunden und unterschiedliche Outputindikatoren aggregiert werden. Dabei unterscheiden sich medizinische und ökonomische Betrachtungsweisen vor allem in bezug auf die für relevant gehaltenen Outcome-Indikatoren. Ein konkreter Ansatz zur Lösung des Aggregationsproblems, das EuroQol-Indexwert-Modell, wird ausführlich dargestellt und diskutiert.

Prof. Dr. Ulrich Meyer (Bamberg) referierte über „Beitragsunterschiede und Subventionen zwischen GKV und PKV“ (Koreferat Dipl. Vw. M. Kifmann). Meyer versucht vor allem auch quantitativ abzuschätzen, welche Beitragssatzdifferenzen auf unterschiedliche Belastungen der bzw. Subventionen zwischen den beiden Systemen zurückzuführen sind. Eine wesentliche Quelle solcher Subventionen stellen dabei Selektions- und Entsolidarisierungseffekte dar. Der größte Einzelposten, der die Gesetzliche, nicht aber die Private Krankenversicherung belastet, resultiert aus vielfältigen Umverteilungsmechanismen innerhalb der GKV.

Dr. Andreas Ryll (Frankfurt / Oder) geht der Frage nach, inwieweit „Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch Design der Honorarverhandlungen?“ möglich ist (Koreferat Prof. Dr. Peter Zweifel). Verschiedene Verhandlungssituationen und Verhandlungsabläufe (zentrale, dezentrale, sequentielle Verhandlungen etc.) werden modelltheoretisch untersucht und die Konsequenzen für Arzteinkommen und Kosten im Gesundheitswesen abgeleitet. Aus der Gegenüberstellung der Modellergebnisse mit der Empirie ergeben sich ordnungspolitische Konsequenzen für eine Marktstruktur und Marktordnung, die eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche Versorgung der Versicherten und eine angemessene Vergütung der Leistungserbringer gewährleisten. Auf dieser Grundlage lassen sich mikrofundierte Hypothesen über die Wirkungen zukünftiger Reformen (selektives Kontrahieren, Gestaltungsfreiheit im Leistungsangebot der Kassen etc.) ableiten und beurteilen.

PD Dr. Stefan Felder (Zürich) referiert „Risikoausgleich und Managed Care“ über die Auswirkungen des in der Schweiz praktizierten Risikoausgleichs (Koreferat Prof. Dr. Eckhard Knappe). Im Gegensatz zum Risikostrukturausgleich in Deutschland erfaßt der Schweizer Risikoausgleich lediglich die Risikotatbestände „Alter“ und „Gesundheit“. Felder weist nach, daß trotz des Ausgleich Wettbewerbsverzerrungen und ein Anreiz für Risikoselektion verbleibt und daß der Risikoausgleich die Anreize zur Kostensenkung verringert. Da Health Maintenance Organizations (HMOs) ihren Wettbewerbsvorteil vor allem durch kostengünstigere Versorgung verfolgen, trifft es diese Leistungserbringer besonders. Als Konsequenz entwickelt Felder einen modifi-

zierten (an das Kostenniveau einer Kassen angepaßten) Risikoausgleich für die Schweiz, der die genannten Wettbewerbsverzerrungen vermeiden würde.

Prof. Dr. *Jürg Sommer* berichtet in seinem Referat („Komplementärmedizin in der Krankenversicherung“) über eine empirische Untersuchung zu den Wirkungen, Nutzen und Kosten der Erstattung alternativ- bzw. komplementärmedizinischer Leistungen durch eine Krankenversicherung (Helvetia/Helsana). Nach den Ergebnissen führt die Einbeziehung alternativer Heilmethoden in eine Versicherung nicht zu einer Senkung der Behandlungskosten, sie werden typischerweise additiv zu Behandlungen der Schulmedizin in Anspruch genommen. Man sollte daher, statt von Alternativmedizin, richtiger von Komplementärmedizin sprechen.

In der Mitgliederversammlung wurde der Beschluß von 1996 bestätigt, die Referate diesmal nicht in einem Tagungsband zu veröffentlichen, sondern den Referenten die Veröffentlichung in anderen wissenschaftlichen Zeitschriften zu empfehlen. Die nächste Jahrestagung des Ausschusses findet vom 8. – 10. Oktober 1998 in Bonn statt und zwar zum Thema „Wettbewerb in der Krankenversicherung“.

Prof. Dr. Eckhard Knappe, Trier